

Franco Bezzola

Spanien verdurstet! Ein Blick auf die aktuelle politische Diskussion

Heute wie früher leidet Spanien, insbesondere die südlichen, küstennahen Regionen, unter permanenter Trockenheit. 31% der Gesamtfläche Spaniens sind akut von der Versteppung bedroht. Kein Tag vergeht, an dem die Wasserfrage nicht Schlagzeilen macht und von der nationalen Fernsehanstalt bis hin zu den Internetforen unterschiedlichster politischer Aktionsgruppen heftig darüber polemisiert wird. Die Verteilung des Wassers ist zum Politikum schlechthin geworden.

Abhilfe versprechen seit jeher verschiedenste nationale Bewässerungspläne, wie beispielsweise der 1933 gegründete *Plan Nacional de Obras Hidráulicas*. Im Vordergrund steht dabei stets das Ziel, auf nationaler Ebene eine tragfähige Lösung des Wasserproblems in allen Regionen des Landes zu finden. Immer neue und weiterführende Ideen und Bauvorhaben wurden entwickelt und umgesetzt; wie man aus heutiger Sicht beurteilen kann, jedoch nicht mit dem gewünschten Erfolg. Die politische Debatte ist nicht nur komplex und verworren, sondern ihre Lösungsansätze hinken der Entwicklung der Wassernachfrage stets hinterher. Heute bestehen im gesamten Land über 1300 Stauseen und Kanäle, mit denen der Trockenheit Einhalt geboten werden soll. Als bedeutendstes Beispiel gilt der *Trasvase Tajo-Segura*, der unter Franco geplant und 1979 eröffnet wurde und auf einer Länge von 300 km Wasser vom Norden in den Süden leitet. Unter der ehemaligen konservativen Regierung José María Aznars wurde ein weiterer gigantischer Bewässerungsplan beschlossen: der *Plan Hidrológico Nacional* (PHN), der unter anderem einen 900 km langen Kanal vorsieht, um mit Wasser aus dem größten nordspanischen Fluss Ebro die spanische Südküste zu bewässern. Aznars politischer Widersacher, der derzeitige sozialistische Präsident José Luis Rodríguez Zapatero, hat als erste Regierungshandlung im Jahre 2004 den Bau gestoppt, um im Gegenzug Wasserentsalzungsanlagen als neue, griffige Lösung anzubieten. Bezeichnend für die Situation ist dies deshalb, weil die gleichen Sozialisten noch in der Opposition diesen Bau gefordert hatten. Das trockene südliche Spanien und vornehmlich die von den Konservativen regierten Regionen Murcia und Valencia, reichten daraufhin Rekurs gegen den Baustopp ein und lancierten unter dem Slogan *Agua para todos* (Wasser für alle) erfolgreich eine Kampagne zur Unterstützung des Ebrokanals. Seit nunmehr einem Jahrzehnt ist um den PHN, begleitet von regelmässigen Massenkundgebungen, eine heftige politische und soziale Debatte entbrannt, die je nach Region und parteipolitischer Couleur für oder gegen die Ableitung von Wasser geführt wird.

Die Auseinandersetzung verläuft einerseits entlang der Parteigrenzen, zwischen dem konservativen Partido Popular und dem sozialistischen Partido Socialista Obrero Español, andererseits aber auch zwischen den seit dem Ende der Franco-Herrschaft erstarkten autonomen Regionen. Die an der Küste gelegenen Provinzen Murcia, Valencia und Katalanien fordern eine gerechte, solidarische Wasserverteilung. Aragon und Castilla-la Mancha im Landesinnern fühlen sich zugunsten des reichen

Südens um ihre natürlichen Ressourcen geprellt – auch sie verlangen einen gerechten Ressourcentransfer. Die Forderungen von starken Interessengruppen, allen voran der Landwirtschaft, des Bausektors und der stark wachsenden Tourismusindustrie, kommen erschwerend hinzu. Daneben (oder darüber) steht ein schwerfälliger Politik- und Verwaltungsapparat, der sich in der post-diktatorischen Dynamik zurechtzufinden sucht.

Nachdem die Region Castilla-la Mancha im vergangenen Sommer aufgrund der anhaltenden Dürreperiode den Wasserhahn abgedreht hatte und sich weigerte, ihren Nachbarn im Süden weiterhin die vereinbarte Wassermenge zu liefern, kam es zu einem regelrechten Streit zwischen den Regionen. Die schwindende Solidarität zwischen den Landesteilen wurde beklagt und gar ein Volksaufstand befürchtet. So beschreibt beispielsweise die Soziologin Maria Victoria Gordillo von der Universität Madrid am Beispiel der Wasserdebatte die Zunahme von Individualismus und Egoismus in der spanischen Gesellschaft. An Solidarität mangelt es ihrer Meinung nach nicht nur den autonomen Regionen, sondern letztlich auch den einzelnen Individuen. Wasser, das Gemeingut schlechthin, eigne sich gut als Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie nutzt dieses Argument denn auch für einen Einspruch gegen das entfesselte Wirtschaftswachstum und die neoliberale Politik Spaniens der letzten zwei Jahrzehnte, um weiter die generelle Unfähigkeit des Gesellschaftssystems zu kritisieren, Bedürfnisse des einzelnen Bürgers mit denen der Gemeinschaft zu vereinbaren. Selbst die in Spanien traditionell starken sozialen Bewegungen hätten dieser Entwicklung nicht entgegengetreten können. Zwar hätten sie Fortschritte in ihren eigenen Themenfeldern erreicht, sie hätten sich aber auf ihre «ideologischen Inseln» zurückgezogen und den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft verpasst. Hoffnung setzt Gordillo auf die nachfolgenden Generationen, die - vom Trauma der Militärdiktatur befreit - zu mehr sozialem und ökologischem Bewusstsein erzogen werden sollen.

Die Bildung eines sozialen und ökologischen Bewusstseins ist denn auch ein in der öffentlichen Diskussion prominent vertretener Lösungsansatz. In Schullehrmitteln, auf Internetseiten, Plakaten, Zeitungsartikeln und aufliegenden Broschüren wird die Bevölkerung zum Wassersparen aufgerufen. Zugleich wird aufgezeigt, wie dies in den privaten Haushalten umgesetzt werden soll. Angesichts der prekären Situation sind diese Bemühungen nur allzu verständlich. Jedoch werden die eigentlichen Ursachen der Wasserknappheit nur zaghaft angegangen. Denn diese wären in der Landwirtschaft zu suchen, die mit über 80% des Wasserverbrauchs den Löwenanteil einnimmt. Nach wie vor werden laut einer Studie des Innenministeriums 92% der Landwirtschaftsfläche mittels der traditionellen, aber höchst ineffizienten und ökologisch fragwürdigen Überschwemmungsmethode bewässert. Überdies wird das Grundwasser rege illegal abgepumpt und die Zuleitungssysteme sind in schlechtem Zustand.

Der schwerwiegendste Mangel liegt aber vermutlich im Fehlen einer überregionalen Raum- und Wirtschaftsplanung. Der Prozess der Regionalisierung und Dezentralisierung ist nach dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie weit

fortgeschritten. Die Autonomen Regionen sind inzwischen für die Bereiche Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Industrie, Beschäftigungspolitik und auch gebietseigene Infrastrukturen allein verantwortlich. Dabei stehen sie in gegenseitiger Konkurrenz um die Gunst der Wirtschaft und ihrer Investoren.

Da scheint es einfacher, die Tourismusindustrie und ihre grosse Anzahl neu erbauter Golfplätze zum Sündenbock zu stempeln. Deren Anzahl hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt; sie sollen wohlhabende Touristen und Altersmigranten anlocken. Fährt man auf der Autobahn zwischen den beiden Provinzhauptstädten Alicante und Murcia, so bekommt man zwar viel Staub und Sand, aber nur wenige grüne Flecken zu Gesicht. Die ungerechte Verteilung des Wassers lässt sich hier scheinbar gut an den üppigen grünen Hecken ablesen, die die saftigen Greens der Golfplätze umgeben. «Spanien ist dabei zu verdursten, nur ein Fitzelchen des Landes scheint nicht betroffen - die Fläche der Golfplätze», titelte denn auch die Zeitung *El Mundo*, um dann vorzurechnen, dass für jeden dieser «Schandflecken» jährlich die Wassermenge von 370 olympischen Schwimmbecken benötigt werde. Die absoluten Verbrauchszahlen aber sprechen eine andere Sprache. Denn wenn auch die Golfplätze am meisten ins Auge stechen, so ist dennoch – wie sie aus den absoluten Verbrauchszahlen ablesen lässt – die Intensivlandwirtschaft der grösste Wasserverbraucher. Diese profitiert denn auch in mehrfacher Hinsicht von den wirtschaftspolitischen Strukturen: als Empfänger von EU-Subventionen, als Abnehmer von billigem Wasser und als Arbeitgeber billiger (meist illegaler) Arbeitskräfte. All dies weist darauf hin, dass in diesem Ressourcenkonflikt eine Einbindung in eine nachhaltige Wirtschafts- und Agrarpolitik notwendig ist, die die unterschiedlichen privaten, regionalen und nationalen Interessen auszugleichen versucht.

Quellen und Literatur:

Gordillo, M. Victoria: El Agua y la cultura de la solidaridad. In: Munariz, Luis (HG.): *Culuras del Agua*. Murcia. Editorial Godoy, 2004. S. 185 – 203.

Viertola, Jesus: Murcia sera pionera en el ahorro domestico de agua. In: *La Opinion*, 09.03.06.

Wals, Pilar: Los regantes solicitan que se envie el doble de augua para salvar la cosecha. In: *LA VERDAD*, 12.11.02.

Internetseite: Administracion general del Estado.

http://www.060.es/sobre_espana/organizacion_territorial/index-idde-idweb.jsp#BM3_1 (Stand: Juli 2005)

Wieland, Leo: Zwischen Feuer und Wassernot. Spaniens Osten versteppt / Unterentwickeltes Umweltbewußtsein und wachsender Egoismus der Regionen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.08.2005.

Gaupp, P: Spanien in einem Dürrejahr. Die Verteilung raren Wassers wird zum Politikum. In: Neue Zürcher Zeitung, 16.07.05,

Meister, U: Kampf ums Wasser in Spanien. Gigantischer Plan für die Ableitung aus dem Ebro-Delta. In: Neue Zürcher Zeitung, 14.03.01

Voth, Andreas: Konflikte und neue Konzepte des Wassermanagements auf der Iberischen Halbinsel. Gotha. Klett-Perthes Verlag. 2003.

Dahms, Martin: Spaniens Wassermangel ist auch selbstverschuldet. In: Tages-Anzeiger, 08.07. 05.